No. 114. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Sonnabend, 7. März 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Gerauerstr. 29, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Alexstr. 31, N. Schiffbauerdamm, N. Schönhauserallee 77 (am Wedding-platz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 33, W. Bayreutherstr. 22, W. Leipzigerstr. 103, SW. Wittenbergstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 136.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Brief des Kaisers

an Lord Tweedmouth steht natürlich im Vordergrunde des politischen Interesses und wird von der gesamten Presse lebhaft besprochen, besonders lebhaft in der englischen und französischen. Das ist zu verstehen. Denn trotz aller Versicherungen, daß der Brief privater Natur sei, läßt sich die Tatsache nicht bestreiten, daß der ganze Vorgang einen hochpolitischen Charakter besitzt. Denn es ist etwas anderes, ob Herr Meier in Berlin an Herrn Smith in London schreibt, oder ob der Deutsche Kaiser an den ersten Lord der britischen Admiralität seinen privaten Ansichten über die Stellungnahme der englischen Presse zum deutschen Flottenbauplan Ausdruck verleiht. Das muß ein nüchterner Beurteiler der Sache sagen, ohne daß er es nötig hat, sich die törichten Hetzereien der „Times" zu eigen zu machen.

Die englische Regierung sieht ihrerseits den Brief als einen hochpolitischen Akt an. Das zeigt die Tatsache, daß vor der gestrigen Erklärung des Schatzsekretärs Asquith das Kabinett im Unterhaus eine Sitzung abhielt, in der die Mitteilung an das Haus über den Brief des Deutschen Kaisers Gegenstand der Besprechung war. Heute meldet ein Telegramm aus London:

„Daily Mail" und „Daily Telegraph" führen aus, alle diejenigen, die den Brief gelesen hätten, dessen Art im allgemeinen schon in gewissen Kreisen bekannt gewesen sei, eher in die „Times" gekommen sei, lachten über die Schlüsse, die die „Times" auf dem Briefe aufgebaut hätte.

Die „Westminster Gazette" schreibt: Wir betrachten es als einen allgemeinen Grundsatz, daß es nicht üblich ist, daß ein Herrscher mit den Ministern einer anderen Macht in Briefwechsel tritt. Aber der Deutsche Kaiser ist nach der ganzen Art seines Vorgehens nicht förmlich, und wenn er mit der Tradition bricht, ist auf keinen Fall anzunehmen, daß er eines machiavellistischen Anschlages auf die Unschuld oder Unabhängigkeit seiner Nachbarn schuldig wäre. Was immer aber die wahre Geschichte dieses Zwischenfalles sein mag, wir glauben nicht einen Augenblick, daß der Kaiser sich in unser Budget einmengen wollte. Der Vorfall weist aber auf eine Preisgabe vertraulicher Dinge hin, die sehr zu beklagen ist. Wir können nur hoffen, daß jetzt, wo das Unheil geschehen ist, verständige Leute aller Parteien die äußersten Anstrengungen machen werden, um es in seine Grenzen zu bannen.

„Evening Standard" schreibt: Es ist fast unglaublich, daß der Kaiser einen durch diplomatischen Brauch oder durch nationale Eigentümlichkeit so wenig gerechtfertigten Schritt unternehmen sollte, und noch unglaublicher, daß ein Minister der britischen Krone glauben sollte, daß er die Freiheit habe, sich in eine so ungewöhnliche Korrespondenz einzulassen ohne Wissen und Billigung des Parlamentes. Es ist klar, daß die Angelegenheit nicht da gelassen werden darf, wo sie ist, aber da wir der Ansicht sind, daß jede Verbitterung der deutsch-englischen Beziehungen zu bedauern wäre, hoffen wir aufrichtig, daß Lord Tweedmouth in der Lage sein wird, eine befriedigende Erklärung der Angelegenheit zu geben.

Die „Nation", ein häufig amtlich inspiriertes wöchentlich erscheinendes Blatt, sagt: Es liegt eine besonders unverständige Roheit in der Charakterisierung von Mitteilungen, die niemals ans Licht zu kommen bestimmt waren, die unmöglich veröffentlicht werden können, und in denen, wenn wir schon das Aergste annehmen wollen, irgend eine familiäre Phrase gebraucht worden sein mag, in die man eine Absicht hineinlegen kann, die weit entfernt ist von der Gesinnung des Schreibers. Des Kaisers Temperament ist wohlbekannt, er spricht und schreibt freimütig und impulsiv, aber notorisch ist ja, daß er seit vielen Monaten sich bemüht hat, die politischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland zu verbessern. Wir glauben keinesfalls, daß er bei der Abfassung seines Briefes den Zweck ungehöriger Einmischung verfolgt hat.

Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Chronicle" schreibt, es sei auf seiten der Opposition keine Neigung vorhanden, aus des Kaisers Brief Kapital zu schlagen. Alle Parteien bedauerten nicht nur die Unbedachtsamkeit, welche zuließ, daß die Tatsache des Empfanges des Briefes bekannt wurde, sondern auch den böswillig sensationellen Ton des Artikels der „Times". Mitteilungen auf dem üblichen Wege seien zweifellos auf den Brief gefolgt. Einer der guten Erfolge der Vermittelung des Kaisers würde in Bälde ein Meinungsaustausch zwischen der deutschen und der englischen Regierung über das wachsende Uebel des Wettbewerbes in den Rüstungen gewesen sein. Es sei bedauerlich, daß durch die Einmischung unberufener und unvorsichtiger Personen ein solcher Meinungsaustausch sich schwieriger gestalten werde. Das sei die Auffassung in den Wandelgängen des Unterhauses gewesen. Arnold White, der Marinesachverständige des „Daily Chronicle" sagt, Lord Tweedmouth habe von dem Schreiben dem König und dem Auswärtigen Amt Mitteilung gemacht. Er erfahre, es sei unwahrscheinlich, daß der Briefwechsel veröffentlicht werde.

Das wäre zu bedauern. Klarheit muß hier aufs schnellste geschaffen werden, und unseres Erachtens sind die deutschen amtlichen Kreise noch berufener oder mindestens ebenso berufen dazu wie die englischen.

Die Franzosen in Marokko.

In Paris ist folgendes Telegramm des Generals d'Amade eingetroffen: Die Truppen lagern bei Sidi Hajaz, vierzehn Kilometer von Casablanca, an der Straße nach Rabat. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet.

Ueber die Lage an der marokkanisch-algerischen Grenze wird aus Ain-Sefra berichtet: Infolge Zusammenrottung zahlreicher Abteilungen der Stämme im äußersten Süden auf Ain-Sefra zu sind bedeutende Truppenverstärkungen nach dieser Gegend abgesandt worden.

Die Reise des Kaisers nach Korfu.

Wie wir bereits berichtet haben, wird der Deutsche Kaiser auf seiner Reise nach Korfu in Venedig eine Zusammenkunft mit dem Könige von Italien haben. Aus Rom wird jetzt berichtet, daß der Minister des Auswärtigen, Tittoni den König von Italien nach Venedig begleiten wird. Ein italienisches Geschwader soll dem Deutschen Kaiser bis Korfu das Ehrengeleit geben.

Auf der Rückreise von Korfu will der Kaiser über Triest nach Wien reisen, um dort dem Kaiser Franz Josef einen Besuch abzustatten.

Das „Giornale d'Italia", das offiziöse Organ der italienischen Regierung, widmet der demnächst bevorstehenden Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem Könige von Italien einen längeren Artikel, in dem es heißt, die Zusammenkunft beweise nochmals, daß das Bündnis zwischen Deutschland und Italien nicht nur der gemeinsamen Friedensabsicht entspreche, sondern auch keine der beiden Mächte hindere, ihre eigenen Interessen zu schützen. Es sei bemerkenswert, daß bei den diplomatischen Verhandlungen über die Balkanbahnen die Verständigung Italiens mit Rußland bezüglich der Eisenbahn Donau-Adriatisches Meer in Berlin nicht den leisesten Widerstand fand. Daher habe die jetzt diesen Verhandlungen unmittelbar folgende Zusammenkunft politische Bedeutung.

Ein Ausflug nach Albanien.

Der Aufenthalt Kaiser Wilhelms auf der Insel Korfu ist auf mehrere Wochen berechnet. In dieser Beziehung erfahren wir von informierter Seite: Wenn Zeit und Umstände es gestatten, wird der Kaiser von Korfu aus auch eine Reihe größerer Ausflüge unternehmen. Insbesondere ist es sein Wunsch, die Stätte des heiligen Hains von Dodona und das alte Janina mit seiner Umgegend kennen zu lernen. Falls dieser Ausflug zur Ausführung kommt und der Kaiser den Boden Albaniens betritt, wird er von einer Sondergesandtschaft des Sultans begrüßt werden.

Die Ruinenstätten des alten Zeus-Heiligtums von Dodona gehören zum Interessantesten, was der Altertumsfreund auf dem Boden des alten Epirus zu sehen bekommen kann. Die Reste der Heiligtümer, die dem Zeus und der Aphrodite geweiht sind, sind in dem heiligen Haine noch vorhanden.

Ein neuer Kommandierender.

Freiherr v. Scheffer-Boyadel, Generalleutnant und Kommandeur der 2. Gardedivision, ist unter Beförderung zum General der Infanterie zum kommandierenden General des 11. Armeekorps ernannt. Das Armeekorps hatte Herzog Albrecht von Württemberg befehligt, der am Geburtstag des Königs Wilhelm von Württemberg das 13. (württembergische) Armeekorps erhielt.

Eine Schiffs-„Taufe".

Nach einer Meldung aus Wilhelmshaven trafen dort heute aus Karlsruhe der Großherzog und die Großherzogin von Baden sowie der Prinz Heinrich der Niederlande ein, um dort einer Einladung des Kaisers folgend gestern dem Stapellauf des neuen Linienschiffes „Ersatz Bayern" beizuwohnen. Um 11 Uhr lief das neue Linienschiff glücklich vom Stapel. Der Oberpräsident Hengstenberg hielt die Festrede. Die Großherzogin von Baden taufte das Schiff „Nassau".

Der masurische Kanal.

Dem Abgeordnetenhause ist heute der Gesetzentwurf betreffend den Bau eines Schiffahrtskanals vom Mauersee nach der Alle bei Allenburg und von Staubecken im masurischen Seengebiete zugegangen.

Ein eigenartiger Zwischenfall

ereignete sich gestern in der französischen Deputiertenkammer. Aus Paris wird darüber berichtet:

Jüngst sind zwei Ministerialbeamte versetzt worden, weil sie dem Deputierten Emile Constant an dem Tage, an dem er bei der Begründung einer von ihm eingebrachten Interpellation die Regierung scharf angegriffen hatte, die Hand drückten. Dies rief gestern nachmittag in den Gängen der Kammer einen Zwischenfall hervor. Der Attaché Mandel von dem Bureau des Ministerpräsidenten Clemenceau, der verdächtigt wurde, das Gerücht verbreitet zu haben, daß der Deputierte Astier die zwei in Frage stehenden Beamten dem Ministerpräsidenten angezeigt habe, bestritt dies in aller Form. Daraufhin bezeichnete der Deputierte Berteaux diese Angabe Mandels entschieden als unrichtig, versetzte ihm einen Stoß und drohte, ihn an den Ohren zu nehmen. Infolge des Zwischenfalls hat der Attaché Mandel seine Entlassung genommen, um für sein ferneres Handeln frei zu sein. Gestern abend hat Mandel dem Deputierten Berteaux seine Zeugen geschickt.

Man wird also demnächst wieder einmal etwas von einem Duell zu hören bekommen.

Unfall eines französischen Ministers.

Aus Paris wird berichtet: Als der Minister der öffentlichen Arbeiten Barthou gestern nachmittag über den Rond Point des Champs Elysée nach Hause zurückkehrte, fuhr sein Wagen gegen eine Straßenlaterne. Der Minister wurde infolge des Anpralls mehrfach im Gesicht verletzt, doch sind die Verletzungen so leicht, daß der Minister nur einiger Tage Ruhe bedürfen wird.

Gerüchte über eine Rußlandreise

des Präsidenten der französischen Republik Fallières werden wieder einmal in Paris verbreitet. In einer offiziösen Mitteilung der „Agence Havas" wird gegenüber diesen Gerüchten folgendes erklärt:

In politischen Kreisen hält man die in Umlauf befindlichen Gerüchte über eine bevorstehende Reise des Präsidenten Fallières nach Rußland für verfrüht. Als einzige Reise des Präsidenten nach dem Auslande für das Jahr 1908 sei zurzeit nur die nach Schweden, Norwegen und Dänemark vorgesehen. Diese Reise beabsichtigt der Präsident nach Schluß der Kammersession anzutreten, also frühestens Ende Juli.

Ein neuer Schiedsgerichtsvertrag.

Wie aus Washington berichtet wird, soll dort in einigen Tagen der Schiedsgerichtsvertrag zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten unterzeichnet werden, der nach dem Muster des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages abgeschlossen worden ist.

Die neuen Bahnprojekte auf dem Balkan.

Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Wiener k. k. Telegr.-Bur." hat die russische Botschaft in Konstantinopel bisher noch keinen Schritt bei der Pforte wegen der Donau-Adriabahn getan. Sie wartet vorerst die Konzessionsbewerbung Serbiens ab. Diese wird nach einer Nachricht aus Belgrad sofort erfolgen, nachdem die Bildung eines Bahnbaukonsortiums, die bevorstehen soll, beendet ist.

„Besetzt".

Für die gegenwärtigen Zustände in Rußland ist der folgende Vorfall sehr bezeichnend, der der „Russ. Korr." aus Petersburg berichtet wird:

Die Gefängnisse in Rußland sind derartig überfüllt, daß man beim besten Willen dort keinen Platz mehr finden kann, selbst wenn man ein ehemaliger Volksvertreter und dazu noch mit einer besonderen Empfehlung des Ersten Staatsanwalts der Petersburger Gerichtskammer versehen ist. Der wegen des Wiborger Aufruhrs verurteilte Deputierte der ersten Reichsduma, Herr Eserski wollte seine Strafe eher abbüßen und die ihm zuerkannten drei Monate hinter sich haben, da er auf eine Berufung verzichtet hat. Anfang Februar wandte er sich in seinem Wohnorte Kiew an die Polizei zum Strafantritt. Doch wies man sein Gesuch ab. Er ging darauf zur Gefängnisverwaltung. Auch da wurde er infolge Platzmangels ablehnend beschieden. Er machte einen Rundgang durch sämtliche „Institutionen mit Gittern und hohen Mauern" in Kiew, fand aber keine Aufnahme, da nirgends ein Platz frei war.

„Darauf entschloß sich Herr Eserski nach Petersburg zu fahren, in der Hoffnung, hier „glücklicher" zu sein und in den ausgedehnten Gefängnissen der außerordentlich beschützten Hauptstadt ein Plätzchen zu finden. Er begab sich direkt zum Oberstaatsanwalt, Herrn Kamyschawsky, mit der Bitte: „Sperren Sie mich gütigst schneller ein!" Herr Kamyschawsky stellte ihm einen schriftlichen Haftbefehl aus und bestellte den Pristaw (Polizeibezirksvorsteher) zu sich. Mit diesem fuhr Herr Eserski drei Tage lang in der Stadt herum; sie besuchten sämtliche Gefängnisse, hatten aber nicht den gewünschten Erfolg. Und dies trotz der besonderen Empfehlung Kamyschawskys und der persönlichen Begleitung des Pristaws. Erschöpft kehrte der Pristaw auf seine Amtsstube zurück und schlug dem Arrestanten vor, die Gefängnisstrafe auf seiner (des Pristaws) Kanzlei abzubüßen. Herr Eserski lehnte es jedoch ab; da er zu Gefängnis verurteilt sei, möchte er im Gefängnisse sitzen, um so mehr, als die Kanzlei nicht einmal mit einem Gitter versehen sei.

Am nächstfolgenden Tage wurde dem Oberstaatsanwalt über die Schwierigkeiten berichtet. Seinem energischen Einschreiten gelang es endlich, einen Platz mit Gittern und hohen Mauern, wie er einem Volksvertreter im heutigen Rußland zukommt, zu finden.

Nun begann der Deputierte seine Strafe abzusitzen. Aber kaum verstrich eine Woche, da kam man zu ihm und verlangte, daß er seinen Platz räume, da dieser für einen anderen, der für den Herrn Oberstaatsanwalt von größerem Interesse sei, nötig wäre. Es war nichts zu machen. Herr Eserski mußte fort, er nahm aber über die abgesessene Woche eine Quittung mit und ließ sich als erster Bewerber für den Fall, daß ein Platz im Gefängnis frei wird, einschreiben.

Gefängnisstrafe in Ratenleistungen ist auch ein Zeichen der sonderbaren Zeit. Je ruhiger es im Lande wird, desto überfüllter werden die Gefängnisse, desto schwieriger wird es, noch einen „Unruhigen" dort unterzubringen.

Plön, 7. März. Die Kaiserin ist heute morgen zum Besuche des Prinzen Joachim hier eingetroffen. Die Rückreise nach Berlin wird am Montag erfolgen.

Paris, 6. März. Die Deputiertenkammer hat mit 430 gegen 71 Stimmen den Artikel II des Einkommensteuergesetzes angenommen.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 7. März.

Am Ministertische: Breitenbach.

Die Beratung des **Etats der Eisenbahnverwaltung** wird fortgesetzt beim Titel „Unterhaltung und Ergänzung sowie Beschaffung der Betriebsmaterialien". Hierzu liegt der gestern bereits begründete Antrag des Abg. Dr. v. Kornatzki-Rudelsdorf (kons.) vor, die Staatsregierung zu ersuchen, gegenüber den herrschenden Mißständen auf dem Kohlenmarkt im Rahmen der Staatseisenbahnverwaltung Maßnahmen zu treffen, welche geeignet sind, für die Zukunft eine Schädigung des inländischen Kohlenverbrauchs möglichst zu verhüten.

Abg. Dr. **Voltz** (natl.): Ueber die Frage, die der Antrag behandelt, ist wiederholt hier und im Reichstage verhandelt worden, und es wurde dabei darauf hingewiesen, daß auch in England und in anderen Staaten, wo keine Konventionen bestehen, die Preise gestiegen sind. Aus den Ausführungen des Antragstellers habe ich kein einziges neues Moment gehört, und wenn ich noch Student wäre, so würde ich zu einzelnen seiner Darlegungen sagen: Da schlage einer lang hin! (Heiterkeit.) Das Kohlensyndikat hat durchaus maßvoll gehandelt, und die Verzinsung des darin angelegten Kapitals ist recht mäßig. Die Ursache der starken Ausfuhr von Kohlen aus Oberschlesien nach Oesterreich im Jahre 1907 ist auf die starke Entwickelung der Industrie in Oesterreich zurückzuführen. Die landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Breslau hat sich über die Lieferungen